Neues aus dem Stadtrat

zur öffentlichen Stadtratssitzung vom 18.02.2021

von Günter Böhm

Vollzählig trafen sich Stadträte und Ortssprecher zur Sitzung und alle trugen eine FFP2 Schutzmaske um sich und vor allem andere zu schützen, bis auf Stadtrat Haslbeck, Schranner und Lachermeier!

Nach der Begrüßung durch den 1. Bürgermeister Paul Weber und der Genehmigung des Protokolls der letzten Stadtratssitzung beschloss das Gremium einstimmig den Tagesordnungspunkt 11 (Schülerbeförderung) in die nichtöffentliche Sitzung zu übernehmen. Somit waren im öffentlichen Teil noch 14 Tagesordnungspunkte abzuhandeln.

Los ging es mit der Vorstellung der Untersuchungsergebnisse zum Hochwasserrückhalt im Einzugsgebiet Rottenegg und Unterpindhart. Dr. Thomas Büche vom Ingenieurbüro WipflerPLAN erläuterte die Vorgehensweise der Untersuchung und stellte die aus seiner Sicht Erfolgversprechendsten Maßnahmen vor.

Als vorrangig sieht er die Instandsetzung der vorhandenen Regenrückhaltebecken sowie gegebenenfalls die Schaffung zusätzlicher Becken dort, wo es aufgrund der Topografie und der festgestellten Fließrichtungen Sinn macht. Auch kann der Wasserabfluss durch angepasste Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen gebremst werden, ein Aspekt des Programmes "Bodenständig" an dem die Stadt bereits beteiligt ist, wie die Bauamtsleiterin Irene Wimmer mitteilte.

Hochwasserschutz erfordert nicht nur regelmäßige Überprüfung und Wartung der Gewerke durch Landwirte und Bauhof sondern kostet auch Geld. Die geschätzten Kosten (ohne Materialaushub und Kosten für Grunderwerb) belaufen sich auf ca. 90.000€ für Unterpindhart und etwa 340.000€ für Rottenegg. Abschließend monierte Stadtrat Niebauer den aus seiner Sicht vernachlässigten Schutz für den Ortsteil Moosmühle. Frau Wimmer versicherte, dass dies selbstverständlich u.a. im Rahmen des bereits erwähnten Programmes "Bodenständig" überprüft wird und geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

TOP 3 beinhaltete eine Änderung des Flächennutzungsplanes zu Aufstellung eines Bebauungs- und Grünordnungsplanes zur Errichtung des Solarparks an der B300 bei Engelbrechtsmünster. 2. Bürgermeister Erl kritisierte die aus seiner Sicht falsche Reihenfolge. Er meinte, man hätte die Zustimmung der Grundeigentümer abwarten müssen, bevor man in das Verfahren einsteige und Kosten verursache. Bislang gäbe es "nur" Interessenbekundungen. Das konterte 1. Bürgermeister Weber mit dem Hinweis dass nach seiner Erfahrung aus den Gesprächen mit den Grundeigentümern diese erst abwarten ob das Vorhaben überhaupt realisiert werden kann und somit der eingeschlagene Weg absolut notwendig ist. Mit 16:9 Stimmen wurde der Beschlussvorschlag angenommen.

Bei TOP 4 ging es um die Änderung des Bebauungsplanes "Birketfeld III" die von zwei Grundeigentümern beantragt wurde. Die bislang hier vorgeschriebene Bebauung mit einem Einzelhaus plus 49 qm soll geändert werden. Beantragt werden zwei Wohneinheiten ohne Flächenbegrenzung. Die überwiegende Mehrheit des Stadtrates sah hierin eine sinnvolle Maßnahme zur Vorbeugung unnötigen Flächenverbrauches und zur Schaffung weiterer Wohnflächen. Die USB/ILM Fraktion fordert seit langem die Bebauungspläne an diese Erfordernisse anzupassen! Der Stadtrat stimmte dem Antrag zu. Die Kosten für die Änderung tragen die Antragsteller.

TOP 5 befasste sich mit der bereits beschlossenen Errichtung eines Geh- und Radweges von Engelbrechtsmünster nach Geisenfeld. Im Zuge der Ausführungsplanung stellte sich heraus, dass die ursprüngliche Trasse wegen eines ausgewiesenen Biotopes und eines nunmehr festgestellten Überschwemmungsbereiches wenn überhaupt, dann nur mit mehreren Auflagen errichtet werden kann, wie Bauamtsleiterin Irene Wimmer bekannt gab. Ins Auge gefasst wurde deshalb die Variante 2, welche die Ilm auf Höhe des Schützenhauses quert. Hierfür ist Grunderwerb von ca. 1.000 qm notwendig. Da das Staatliche Bauamt als Baulastträger fungiert und die gesamten Baukosten von 496.349,-€ übernimmt, entfallen auf die Stadt nur die Nebenkosten. Diese erhöhen sich durch die Trassenänderung um ca. 5.000,-€. Mit 24:1 Stimmen stimmte der Stadtrat dieser Variante zu.

In TOP 6 ging es um den Beitritt zum Landschaftspflegeverband. 1. Bürgermeister Weber stellte die vom Landkreis beabsichtigte Maßnahme vor und erläuterte die damit verbundenen Vorteile, die im Wesentlichen aus der interkommunalen Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie u.a. auch der Akquise zusätzlicher Fördermittel für die Landschaftspflege bestehen. Die geschätzten jährlichen Kosten betragen zwischen 4.000,- und 9.500,-€ jährlich. Auch bislang entstehen der Stadt bereits jährliche Kosten für die o.a. Maßnahmen so dass der Stadtrat diesem Schritt geschlossen zustimmte.

Zu TOP 7 informierte der Bürgermeister das Gremium über den Übergang der Wasserleitung Nötting/Ernsgaden an die Biburgergruppe. Wie der Wasserzweckverband Ilmtalgruppe mitteilte verlor diese Leitung nach dem Abschluss eines Wasserliefervertrages zwischen der Ilmtal- und der Biburgergruppe seinen bisherigen Zweck als Notverbund und geht an die Biburgergruppe über. Verbandsvorsitzender und Stadtrat Günter Böhm wies darauf hin, dass die Ilmtalgruppe seit 2020 Trinkwasser in bestimmter Höhe an die Biburger Gruppe liefert. Für die Wasserversorgung der Gemeinde Ernsgaden ist nicht die Ilmtalgruppe sondern ausschließlich die Biburger Gruppe zuständig. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 8 und TOP 9 befassten sich mit der Aufhebung nicht mehr aktueller Satzungen. Bei TOP 7 ging es um die Gebührensatzung für die Durchführung des amtlichen Bezeichnungsverfahrens in den Siegelstellen der Siegelgemeinde Geisenfeld und in TOP 8 um die Satzung zum Schutz der Kinderspielplätze in der Stadt. Beide Satzungen sind überholt und nicht mehr erforderlich, so dass der Stadtrat einstimmig deren Aufhebung beschloss.

Bei TOP 10 stimmte der Stadtrat einstimmig für die Gewährung eines Zuschusses an den Verein "Leben retten e. V.". Der Verein fördert den Rettungs- und Notarztdienst im Landkreis und ist insbesondere für die Erhaltung des Notarztstandortes Geisenfeld von Bedeutung. Die Förderung beträgt 0,50€ pro Einwohner.

TOP 11 befasste sich mit der Festlegung der Stimmbezirke zur Bundestagswahl 2021. Der wiederum vermutet hohe Anteil an Briefwählern hätte ggf. zur Folge, dass bei kleineren Stimmbezirken wegen zu geringer Beteiligung im Wahllokal das Wahlgeheimnis nicht mehr gewahrt werden kann. Deshalb ist wie bei der letzten Wahl geplant verschiedene Wahllokale und Ortsteile zusammen zu legen. Die Einteilung wird durch Aushang und in der Presse rechtzeitig veröffentlicht. Der Stadtrat stimmte geschlossen zu.

In Top 12 erläuterte Kämmerer Anton Hackl das Rechnungsergebnis 2020 und trug die in diesem Jahr notwendig gewordenen Haushaltsüberschreitungen zur Genehmigung vor. Der Stadtrat nahm vom Rechnungsergebnis Kenntnis und stimmte den Haushaltsüberschreitungen zu.

Bei TOP 13 ging es um Bekanntgaben und hier informierte 1. Bürgermeister Weber über die Beauftragung des Fachplaners für die technische Küchenausrüstung. Dem Gremium wurde außerdem die Endabrechnung des Neubaus Kindergarten an der Hallertauer Strasse vorgestellt. Sehr erfreulich hierbei ist die Unterschreitung der Planungskosten um 31.315,37€!

Günter Böhm